

NZZ

Tagung von Weltbank und IMF

Peru zeigt sich von der besten Seite

Strikte Fiskaldisziplin, freier Fluss von Auslandsinvestitionen und innovative Sozialprogramme können in Entwicklungsländern Wunder bewirken.

von Richard Bauer, Lima
9.10.2015



(Bild: Mariana Bazo / Reuters)

Mit einer schlichten Zeremonie im peruanischen Nationaltheater ist am Freitag die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank in Lima eröffnet worden. Erstmals seit knapp fünfzig Jahren findet die Veranstaltung wieder auf lateinamerikanischem Boden statt. Mit der Wahl des Tagungsortes zeichnen die beiden Schwesterorganisationen der Uno ein Land und eine Region aus, die in den letzten Jahren durch forsches Wirtschaftswachstum, wirksame Sozialpolitik und zähen Reformeifer aufgefallen sind.

Leere Strassen

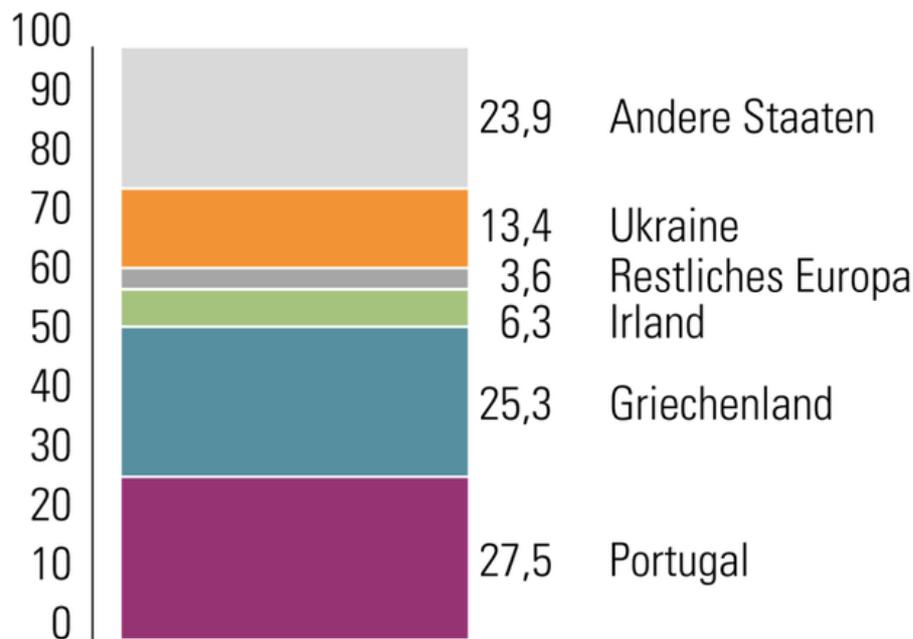
Welch hohen Stellenwert die peruanische Regierung dem internationalen Mammutanlass mit rund 12 000 Teilnehmern beimisst, zeigt sich daran, dass der Bevölkerung der Hauptstadt Lima kurzerhand zwei öffentliche Feiertage verordnet wurden. Dies erspart den Konferenzteilnehmern das unsägliche Verkehrschaos der aus allen Nähten platzenden Grossstadt und erhöht die Sicherheit für die internationale Prominenz. Angereist sind nicht nur Notenbankler, Finanzminister und Parlamentarier aus den 188 Mitgliedsländern des IMF, sondern auch Heerscharen von Fachleuten privater Banken und von Nichtregierungsorganisationen. In Lima wird die Schweiz durch Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, Bundesrat Johann Schneider-Ammann und Nationalbankpräsident Thomas Jordan vertreten.

Sorgenkinder des Währungsfonds

Ausstehende Kredite der Gesamtsumme

In %

Stand: 8. 9. 2015



QUELLE: IMF

NZZ-Infografik/cke.

Der Internationale Finanz- und Währungsausschuss des IMF, dem auch die schweizerische Finanzministerin angehört, wird sich unter anderem über den Gang und die Wirksamkeit der laufenden Stützungsprogramme für Krisenländer informieren lassen. Im Unterschied zu früheren Jahren sind es vor allem Länder aus Europa, allen voran Griechenland, die in jüngster Zeit beim IMF um Beistand bitten mussten (vgl. Grafik). Derzeit laufen weltweit 19 Hilfsprogramme. Der IMF verfügt über eine Kriegskasse in der Grössenordnung von 631 Mrd. \$. Davon sind 211 Mrd. \$ verpflichtet und davon wiederum 75 Mrd. \$ als Kredite ausbezahlt. Im Fokus des Entwicklungsausschusses der Weltbankgruppe steht in Lima die Frage der Finanzierung der Ende September von der Uno beschlossenen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Star in Lateinamerika

In Wirtschaftskreisen und bei Entwicklungsorganisationen gilt Peru als Vorzeigeland. Hier wurden die Rezepte des Währungsfonds und neoliberaler Ökonomen seit dem Ende der autoritären Herrschaft von Präsident Fujimori im Jahr 2000 konsequent umgesetzt. Rechtzeitig zur internationalen Tagung in Lima hat die Weltbank eine Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Perus und Vorschläge für die Weiterentwicklung eines Erfolgsmodells vorgelegt. In den letzten zehn Jahren ist die Wirtschaft des zwischen Pazifik und Amazonas gelegenen Andenlandes jährlich im Durchschnitt um 6,4% gewachsen, die zweitbeste Performance unter allen Ländern Lateinamerikas und der Karibik. Im selben Zeitraum verdoppelte sich das Pro-Kopf-Einkommen – ein Erfolg, den kein anderes lateinamerikanisches Land vorweisen kann – und liegt heute bei 6370 \$.

Die Weltbank vermerkt, dass seit dem Jahr 2000 knapp ein Viertel der Bevölkerung des 31 Mio. Einwohner zählenden Landes der Armut entkommen ist und heute zur unteren Mittelschicht zählt. Dabei sind die Einkommen der ärmsten 40% aller Haushalte stärker gestiegen als der nationale Durchschnitt, will heissen, die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung hat sich verringert. Für die Weltbankexperten ist klar, dass das Wirtschaftswachstum der ausschlaggebende Faktor für den Rückgang der Armut ist. Staatliche Umverteilungsmechanismen haben nur eine ganz untergeordnete Rolle gespielt.

Ohne Zweifel haben die hohen Rohstoffpreise – namentlich von Gold und Kupfer – Peru ein «goldenes Jahrzehnt» beschert, das angesichts der gedrückten Preise für Rohwaren nicht so rasch wiederkehren dürfte. Im Gegensatz zu anderen rohstoffabhängigen Ländern Lateinamerikas sind in Peru die Mehreinnahmen nicht nur in Konsumausgaben verpufft. Es ist gelungen, die Sparquote von 10% des Bruttoinlandprodukts (BIP) in den neunziger Jahren auf 22% im Jahr 2014 zu erhöhen.

Drei Wellen von Reformen haben Perus Weg zu einer relativen Prosperität gebahnt: In einer ersten Runde wurde in den neunziger Jahren die zerrüttete Wirtschaft auf gesunde Füße gestellt. Dazu gehörte die Unabhängigkeit der Zentralbank, ein flexibler Wechselkurs, die Restrukturierung der Auslandsschulden sowie die Reduktion staatlicher Subventionen. Eine zweite Runde brachte Reformen des Pensionssystems, einen Stabilisierungsfonds für Staatseinnahmen sowie die Förderung des Aussenhandels. Die dritte Generation von Reformen schliesslich stärkte das Humankapital dank einer besseren Erziehung und Ausbildung.

G20-Finanzminister billigen OECD-Plan gegen Steuervermeidung

(sda/afp) Die Finanzminister der zwanzig führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) haben den von der OECD vorgelegten Plan zur Bekämpfung der Steuervermeidung internationaler Konzerne, an dem auch die Schweiz mitgearbeitet hat, gebilligt. Das teilte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am Freitag beim Treffen der Finanzminister in Lima mit. Sie hatte die Vorschläge am Montag vorgelegt.

Laut der OECD vermeiden Unternehmen durch die optimierte Ausnutzung unterschiedlicher nationaler Steuergesetzgebungen «konservativ geschätzt» zwischen 100 und 240 Mrd. \$ jährlich.

Das entspricht zwischen 4 bis 10% der weltweiten Körperschaftssteuereinnahmen. International tätige Konzerne wie McDonald's, Starbucks oder Google hatten durch die häufig in einer rechtlichen Grauzone liegenden Praktiken in den vergangenen Jahren wiederholt für öffentliche Empörung gesorgt.

Mittels 15 Einzelmassnahmen soll laut OECD künftig sichergestellt werden, dass Unternehmen ihre Steuern in den Ländern entrichten, in denen sie auch ihre Einnahmen erzielen.

Dazu zählt unter anderem die Verpflichtung für Konzerne mit einem Mindestumsatz von 750 Mrd. €, den Finanzbehörden einen detaillierten Geschäftsbericht für alle Länder vorzulegen, in denen sie aktiv sind. Ebenso sollen die steuerliche Absetzbarkeit von Zinszahlungen eingeschränkt und die Kooperation sowie der Datenaustausch nationaler Steuerverwaltungen verbessert werden.

Das sogenannte Projekt gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung ist eine Kooperation von OECD und der Gruppe der 20. Nach den G20-Finanzministern sollen voraussichtlich Ende November auch die Regierungschefs der beteiligten Staaten ihre Zustimmung geben.